

Danziger Zeitung.

№ 16497.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Letterdages gaffe Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Die erste deutsche landwirtschaftliche Wandausstellung ist heute Vormittag 11 Uhr unter Anwesenheit der Spitzen der Behörden durch den Präsidenten Fürsten zu Wied eröffnet worden. Namens der Stadt hielt Oberbürgermeister Dr. Miquel die Begrüßungsrede.

Paris, 9. Juni. Die Deputiertenkammer fuhr heute in der Beratung des Militärgesetzes fort. Der Abg. Laffont trat dafür ein, daß die Ableistung des Dienstes für Alle obligatorisch sein müsse. Die Beratung wird am Sonnabend fortgesetzt.

Paris, 9. Juni. Die an der Nordgrenze gegen den Uebertritt streitender belgischer Arbeiter getroffenen Maßnahmen sind nunmehr wieder aufgehoben worden. Die dafelbst aufgestellten Truppen sind in ihre Garnison zurückgekehrt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 10. Juni.

Werden die Beschlüsse der Branntwein-Commission Gesetz?

Diese Frage hört man jetzt vielfach aufwerfen, und man glaubt dazu um so mehr berechtigt zu sein, als die Hast und Eile, mit welcher die Commission ein Gesetz von so enormer, in die breitesten Kreise des gesamten wirtschaftlichen und Erwerbslebens hineingreifender Tragweite erledigt hat, wohl noch niemals dagewesen ist. Aber denjenigen, die sich mit der Hoffnung tragen, daß das Plenum des Reichstags denn doch wohl noch eine gründliche Revision vornehmen und manche wenigstens der rauhsten Ecken des Commissionswerkes abbrechen wird, können wir nur zurufen: lasciate ogni speranza!

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Reichstag so bald als möglich geschlossen werden soll. Um so wahrscheinlicher ist es, daß das Plenum, oder richtiger gesagt die das Heft in der Hand habende Majorität sich dem Bestreben der Commission anschließen und mit den allerdings noch mit Bestimmtheit zu erwartenden Amendements nicht viel Federlesens machen wird. Also: mache man seine Rechnung mit dem Himmel, mit dem Reichstagsplenum besser nicht!

Was nun speziell den Punkt der Verdreifachung der Exportprämie für die Uebergangszeit anlangt, so schreibt uns unser Berliner Correspondent vom gestrigen Tage:

In Börsenkreisen, in denen man, wie es scheint, erst nachträglich die ganze Tragweite der letzten Beschlüsse der Branntweinsteuercommission erkannt hat, wird auffallender Weise jetzt noch die Frage discutirt, ob die Mehrheit des Reichstags bei der Verhandlung des Gesetzes im Plenum es bei Verdreifachung der Exportvergütung (von 16 auf 48 M.) auch für den bisher schon vor Verkündung des Gesetzes producirten Spiritus verwenden lassen werde. Soweit die Intentionen der bei dem Commissionsproceß beteiligten Parteien: Deutschconservative, Reichspartei, Nationalliberale und ein Theil des Centrums und die Regierung in Betracht kommen, bilden die gestern gefaßten Beschlüsse ein Ganzes, so daß eine Modification derselben in einzelnen Punkten und namentlich in einem so wichtigen Punkte von vornherein ausgeschlossen ist. Die Erhöhung der Ausfuhrvergütung steht ja auch im engsten Zusammenhang mit der Nachsteuer. Als ein Antrag gestellt wurde, die Nachsteuer von 30 auf 20 Pf. herabzusetzen, wurde gegen diesen Vorschlag die Einwendung erhoben, daß bei der Annahme desselben die Exportvergütung noch höher normirt werden müsse, weil sonst die jetzt im Inlande befindlichen Vorräthe festgehalten und der Export gehindert werden würde. Schon daraus ergibt sich, daß gerade die Erhöhung der Ausfuhrvergütung den Zweck hat, die Ausfuhr des jetzt vorhandenen Spiritus zu befördern, d. h. dem bisher schon producirten, der nur die einfache Malstrahmsteuer bezahlt hat, die dreifache Exportvergütung zu gewähren, also Summa Summarum 35 M. Zugabe pro hectoliter, wie wir schon gestern ausführten.

Aus alledem ergibt sich mit vollster Bestimmtheit, daß die Möglichkeit eines Beschlusses, durch welchen die erhöhte Ausfuhrvergütung nur dem nach Verkündung des Gesetzes producirten Branntwein zu Gute kommen würde, völlig ausgeschlossen ist. Zudem ist gar nicht abzusehen, mit welcher Mehrheit ein solcher Antrag angenommen werden soll, nachdem die Regierung durch den Mund des Finanzministers v. Scholz sich mit der Annahme des Antrags wohl einverstanden erklärt hat. Notwendig freilich war die Verdreifachung der Ausfuhrvergütung in letzter Weise. Von allen Seiten war ja in letzter Zeit darauf hingewiesen worden, daß die im Inlande befindlichen Spiritusvorräthe verhältnismäßig geringe seien und bis zum 1. October bis auf unbedeutende Mengen verbraucht werden müßten.

Hätte man sich damit begnügt, vom Tage der Verkündung des Gesetzes ab die erhöhten Zoll- und Uebergangssätze einzuführen und die Kartoffelbrennerien auf drei Viertel der vorjährigen Production (in den Sommermonaten) zu beschränken, und hätte man dann das Gesetz ohne Nachsteuer am 1. October in Kraft treten lassen, so würde die Speculation freilich weniger Gewinn haben, der Uebergang in die neuen Steuerverhältnisse aber würde sich für die Consumenten und demgemäß auch für die mittleren und kleinen Händler, Schänker u. s. w. ruhiger vollzogen haben. Dank der jetzt in Aussicht stehenden Beschlüsse ist zu befürchten, daß die plötzliche Preiserhöhung auch eine plötzliche Verminderung des Consums nach sich zieht und damit eine Verwirrung in das Branntweingewerbe bringt, die in schroffem Gegensatz steht zu der scheinbar so harmlos wirkenden, welche sich seit vorgestern entwickelt hat.

Bzüglich dieses letzteren Punktes schreibt zur Nachsichtigung der Beschlüsse der Commission die „Conj. Corr.“, das officielle Organ der deutsch-conservativen Partei:

„Alle diese Maßregeln im Zusammenhange sind bestimmt, einer wilden Speculation und unnatürlichen Richtung des Spiritusgeschäfts während der Uebergangsperiode entgegenzuwirken.“

Diese wohlmeinenden Absichten sind freilich an der Productenbörse auf keinen fruchtbaeren Boden gefallen. In dem Bericht des „Börsen-Cour.“ ist zu lesen:

„So lange die Terminbörse besteht, ist es noch niemals dagewesen, daß sich das Gesamtinteresse derselben so ausschließlich wie heute auf den Spiritusmarkt concentrirt hatte. Heute nahm das Geschäft in diesem Artikel, namentlich kurz nach Eröffnung der Mittagsbörse, einen wilderregten Charakter an. Der Umsatz in August-September-Spiritus hat sich heute auf viele Millionen Liter erhöht. . . . An der heutigen Frühbörse stellte sich der Termin sofort um fast 8 M. höher als gestern (d. h. 56 1/2 M.), um an der Mittagsbörse mit 63 1/2 M. einzulegen. . . . Selbst die bekanntesten „ältesten Leute“ können sich nicht erinnern, schon eine derartige fieberhafte Anregung an unserer Börse mit erlebt zu haben, als sie heute in allen Kreisen der Börsenbesucher herrschte.“

Motivirt wird diese Hausse in erster Linie mit den Commissionsbeschlüssen betreffs der Ausfuhrvergütung.

Die Aenderungen in der Zuckervorlage.

Die Commission des Reichstags zur Vorberatung der Zuckervorlage hat vorgestern Abend die erste Lesung der Vorlage beendet. Die Regierungsvorlage ist mit folgenden sachlichen Änderungen zur Annahme gelangt:

Die Zollsätze, die Bestimmungen über die Verbrauchssteuer und die Rübensteuer sind unverändert geblieben. Ebenso in § 6 die Sätze für die Ausfuhrvergütung und die Bestimmung, daß Zucker aller Kategorien, welche vor dem 1. August 1888 der Steuerbehörde vorgelegt und deren Identität bis zur Ausfuhr oder Niederlegung amtlich festgehalten wird, bis zum 1. October 1888 die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Sätze, 17,25 M. bezw. 21,50 bezw. 20,15 M. erhalten.

Der gleichen Vergünstigung sollen, nach einem Beschlusse der Commission, auch die sog. schwimmenden Producte theilhaftig werden, und zwar nach Maßgabe einer von der Steuerbehörde vorgenommenen Abschätzung der aus denselben heranzuführenden Zuckermengen.

Ferner soll den Inhabern von Zuckerrüben gestattet werden, Rohzucker (Klasse a), welcher vor dem 1. August 1888 gegen Vergütung der Steuer niedergelegt worden ist, bis zum 15. October 1888 gegen Zahlung von 10 M. für 100 Kilogr. aus der Niederlage in den Fabriksbetrieb zu entnehmen.

Von den Controlvorschriften wurde diejenige gestrichen, welche die Fabrikbesitzer verpflichten sollte, auf bestimmten geeigneten Wohnstätten in der Fabrik oder in deren Nähe für die Aufsichtsbeamten gegen geeignete Vergütung zu gemäßen. Gestrichen wurde ferner die Bestimmung, daß anderen, als den beim Betriebe der Zuckerrüben beschäftigten Personen der Eintritt in dieselbe in der Regel nur mit Genehmigung der Steuerbeamten gestattet werden darf, und daß Angestellte oder Arbeiter der Zuckerrüben, welche wegen einer Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz oder die Ausführungsbestimmungen bestraft worden sind, auf Befehl der Steuerbehörde entlassen werden müssen.

Die zweite Lesung wird baldigst stattfinden. Zum Berichterstatter ist der nationalliberale Abgeordnete Dr. Bubl bestellt.

Arbeitererschutz.

Der Reichstag hat gestern in mehrstündiger Beratung die Anträge seiner Commission, betreffend die Beschränkung der Kinderarbeit in Fabriken, beraten und schließlich mit großer Majorität angenommen, ohne daß der Reichsanwalt selbst oder dessen Vertreter oder ein Beauftragter der verbündeten Regierungen, d. h. des Bundesraths Anlaß gefunden hätte, sich über diese nicht so ganz unwichtige Frage auszusprechen. Und doch hätte es an Veranlassungen zu einer solchen Erklärung nicht gefehlt. Die Majorität des Reichstags, welche gestern den Schutz der Kinder der arbeitenden Klassen wenigstens so weit ausdehnen wollte, als die landesgesetzliche Schulpflicht reicht, bestand wenigstens nicht ausschließlich aus „Reichseindeuten“; sogar ein Theil der Conservativen und Nationalliberalen hatte sich den Anträgen angeschlossen. Die Zusammenfügung der Mehrheit konnte also der Regierung nicht als Feigenblatt dienen. Ueberdies beschränken sich die Anträge der Commission auch nicht auf Resolutionen, welche Probleme aufweisen, ohne die Mittel und Wege zur Lösung derselben zu bezeichnen. In solchen Fällen pflegt die Regierung, wenn die Resolutionen ihr unangenehm sind, die Summation, Aufgaben zu lösen, zu deren Lösung der Reichstag sich nicht im Stande fühlt, mit Entrüstung zurückzuweisen. In der Frage der Kinderarbeit in Fabriken liegt die Absicht der Mehrheit unzweifelhaft vor. War die Regierung der Ansicht, daß das Ziel überhaupt nicht oder wenigstens nicht auf dem bezeichneten Wege zu erreichen sei, so hätte sie sich darüber erklären müssen. Der Centralverband deutscher Industrieller hatte ja ein förmliches Gethan und der Regierung ein Schlagwort in den Mund gelegt, mit dem sie alle Anträge auf Verhinderung des Arbeiterschutzes zurückzuweisen konnte, ohne das Interesse der Arbeitgeber bloßzustellen; sie brauchte nur das Interesse der Arbeiter, möglichst früh finanzielle Vorteile aus der Beschränkung der Kinder zu ziehen, in den Vordergrund zu schieben. So weit zu gehen, hat die Regierung nicht als zulässig erachtet. Sie hat auch nicht beliebt, den früher von dem Reichsanwalt vertretenen Standpunkt wieder hervorzuführen, daß die „nationale“ Industrie trotz aller Schutzdämme der Konkurrenz mit dem Auslande nur unter der Vorkaufsleistung bestehen könne, daß sie Kinder und Frauen an Stelle von Erwachsenen beschäftige. Die Regierung, oder vielmehr die verbündeten Regierungen haben sich damit begnügt, zu schweigen, und es Jedem, dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer überlassen, dieses Schweigen in seinem Sinne zu deuten.

Ist ja doch begründete Hoffnung vorhanden, daß definitive Beschlüsse auch in dieser Session nicht zu Stande kommen. Sehr gegen die Absicht der Regierungsparteien ist die Fortsetzung der Verhandlung nicht auf den nächsten Samstag, sondern

auf heute (Freitag) anberaumt worden. Viel nützen wird das aber nicht. Es bedarf noch einer dritten Beratung, und ob für diese noch Zeit ist, wenn erst der Branntwein des Agrariers und der Zucker des Großindustriellen zu Ungunsten des Consumenten höher belastet sein wird, muß dahingestellt bleiben.

Reclamationen in Petersburg.

Von zuverlässiger Seite wird der „Pol. Corr.“ bestätigt, daß der deutschen Botschaft in Petersburg noch vor Veröffentlichung des bekannten Immobilien-Gesetzes viele Beschwerden von Seiten deutscher Unterthanen zugekommen sind, welche Immobilien durch à Conto-Zahlungen während einer Reihe von Jahren erworben hatten, denen aber gleichwohl seitens der russischen Behörden, offenbar in Erwartung des nunmehr erlassenen Verbotes, die erforderlichen Besitztittel vorenthalten worden sind.

Durch das neue Gesetz werden auch zwei hochstehende deutsche Familien in eine eigenthümliche Situation veretzt: die Familien Hohenlohe und Radziwill, speziell Fürst Anton Radziwill, der bekanntlich General-Adjutant des deutschen Kaisers ist. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe, erhielt noch vor zwei Jahren vom russischen Kaiser eine besondere Erlaubnis, so viele Güter auf russischem Boden anzukaufen, als er wünscht, und dem Fürsten Radziwill, in dessen Besitz sich bekanntlich fast die Hälfte des Bodens im Gouvernement Minsk befindet, wurde fast gleichzeitig die gleiche Erlaubnis erteilt. Es fragt sich nun, ob die kaiserliche Erlaubnis durch das neue Gesetz aufgehoben wird oder nicht.

Ein „zeitweiliger“ Fürst für Bulgarien.

Wie der „Daily News“ aus Konstantinopel telegraphirt wird, werden auf Veranlassung Russlands demnächst Unterhandlungen beginnen zu dem Zweck, die Regenten in Bulgarien durch einen zeitweiligen Fürsten zu ersetzen, der bis zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Amte bleiben soll. Der zeitweilige Fürst werde ein aus allen Parteien zusammengesetztes Ministerium bilden, und möglicherweise wird eine neue Sobranie einberufen werden. Ob das Project Bulgarien, England, Oesterreich oder der Porte annehmbar sein wird, muß dahingestellt bleiben. Aleso Pascha, der vor-malige Gouverneur von Thracien, hält sich in Bulgarest in Bereitschaft für den Fall, daß die Mächte beschließen sollten, ihn zum zeitweiligen Fürsten zu ernennen. — Die Bulgaren selbst würden in der Weise von diesem Experiment, wenn es wirklich an ihnen vorgenommen werden sollte, wenig erbaut sein.

Die russischen Kohlenzölle.

Das Gesetz betreffend die Erhöhung der Einfuhrzölle auf Kohlen und Coaks ist einem Petersburger Telegramm zufolge nunmehr veröffentlicht und bereits gestern in Kraft getreten. Das Gesetz bestimmt, daß der Zoll für die in den Häfen des Baltischen Meeres und über die westliche Landesgrenze einzuführende Kohle von 1, resp. 2 Goldkopfen, sowie für ebendort einzuführende Coaks von 1 1/2, resp. 3 Goldkopfen pro Pud vor dem 1. Januar 1898 nicht weiter erhöht werden darf.

Die Beratung der irischen Strafrechtsbill, die das englische Parlament nun schon seit Wochen beschäftigt und dank des Widerstandes der Parnelliten und Gladstonianer doch noch gar keine erheblichen Fortschritte gemacht hat, soll nun in ein schnelleres Tempo gebracht werden. Gestern kündigte der erste Lord des Schatzes und Führer der Conservativen des Unterhauses, Smith, an, er werde heute die Feststellung des Datums für die Beendigung der Einzelberatung der irischen Strafrechtsbill beantragen. Der Gladstonianer Morley glaubte jedoch, ein so wichtiger Beschluß bedürfe einer längeren vorherigen Anzeige; Smith hielt trotzdem daran fest, daß die Debatte darüber heute stattfinden solle. Das Haus setzte sodann die Beratung des vierten Artikels der irischen Strafrechtsbill, betreffend die Verlegung gewisser Prozesse von Irland nach England, fort.

Das Regierungsjubiläum der Königin Victoria.

Ganz London rüsst sich bereits in großem Maße für die Feier des 50jährigen Regierungsjubiläums der Königin. Wir erhalten darüber aus London vom 8. Juni folgenden Bericht:

Die ganze Route, auf welcher die Monarchin, begleitet von den Mitgliedern der königl. Familie, am 21. d. vom Buckingham-Palast nach der Westminsterabtei ziehen wird, um dem Jubiläums-Dankgottesdienst beizuwohnen, wird mit venetianischen Masken sowie zahlreichen Ehrenporten und Triumphbögen geschmückt werden, während an den besten Punkten riesige Zuschauertribünen, jede mit 3000—4000 Sitzen, errichtet werden. Sätze auf diesen Tribünen sind ziemlich kostspielig; die Preise dafür stellen sich auf 3 bis 5 Guineen, während für Schaufenster und Balkons wahrhaft fabelhafte Preise gefordert und auch bezahlt werden. Für Balkons und eine Reihe von Fenstern in der Nähe der Westminsterabtei werden 150—200 Pfd. Sterl. gezahlt, während für Fenster und Balkons an anderen Punkten der Route 25—50 Pfd. Sterl. geboten werden. Einzelne Fensterkosten 5 Pfd. Sterl. Das Spalier auf der Route werden die Truppen der Gardebataillon, Marineinfanterie und Seecorps sowie vier Freiwilligen-Regimenter bilden, deren Kapellen die Volkshymnen spielen werden, wenn die Königin vorüberzieht. Für den Abend des 21. wird eine großartige Illumination vorbereitet, die nach den bereits getroffenen Vorkehrungen allgemein zu werden verspricht. Die Schaulust der Londoner ist zu jeder Zeit sehr groß. Da überdies der Tag zu einem Bankfeiertage erhoben ist, wo in der Regel alle Geschäfte ruhen und alle Werkstätten geschlossen sind, wird buchstäblich ganz London auf den Füßen sein. Rechnet man hierzu den Fremdenzufluß aus allen Theilen des vereinigten Königreichs und vom

Auslande, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß in dem Besten Londons, in welchem sich ausschließlich die öffentliche Jubiläumsfeier abspielen wird, mindestens drei Millionen Menschen auf einem verhältnismäßig kleinen Punkt zusammengebrängt sein werden.

Im Hinblick auf den voraussichtlich riesigen Zusammenfluß von Menschen wird in der Tagespresse bereits die Frage aufgeworfen, ob der Umzug der Königin infolge seiner Einfachheit die öffentliche Schaulust nicht arg enttäuschen werde. Soweit bis jetzt festgestellt ist, wird der Zug aus nur etwa einem Duzend Hofwagen mit Cavallerie-Escorte bestehen. Ein weit imposanteres und farbenreicherer Schaulust wird dagegen die Westminsterabtei während des Dankgottesdienstes bieten, dem 8000 bevorzugte Personen beizuwohnen werden.

Die Festlichkeit wird einen ungeheuren Umfang annehmen und bei der riesigen Ausdehnung des britischen Colonialreichs in allen Welttheilen und in allen Zonen lauten Wiederhall finden.

Deutschland.

Berlin, 9. Juni. Ueber die Frage, ob behufs Beseitigung der Wucherung an den Stimmzählern der Kronprinz sich einer Operation unterwerfen muß, wird die auf heute anberaumte Consultation der Aerzte die Entscheidung bringen. Der englische Specialist Dr. Madenzie hat auf Grund der gestrigen wiederholten Untersuchungen des Kronprinzen — die sog. Operation bezweckte wiederum nur die Beseitigung eines Theils der Wucherung behufs der Untersuchung derselben — die Ueberzeugung ausgesprochen, daß das Uebel auf dem von ihm empfohlenen Wege ohne operativen Eingriff beseitigt werden könne. Ob die hiesigen Aerzte sich jetzt dieser Auffassung anschließen, bleibt abzuwarten. Am Hofe scheint man in die Rufe des Dr. Madenzie volles Vertrauen zu setzen, während in ärztlichen Kreisen vielfach lebhaftere Befürchtungen über die Folgen eines etwaigen Fehlers in der Behandlung des Lebens laut werden. Die Thatsache steht übrigens fest, daß in der letzten Woche die Heiserkeit des Kronprinzen entschieden abgenommen hat.

W. T. Berlin, 9. Juni. Der Bundesrath hielt am 8. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers von Bötticher eine Plenarsitzung ab. In derselben wurden genehmigt: die Gesetzentwürfe für Elsaß-Lothringen über die Einführung der Gewerbe-Ordnung in Elsaß-Lothringen und über die Anwendung abgeänderter Reichsgesetze auf landesgesetzliche Angelegenheiten, ferner die durch den Reichstag abgeänderten Gesetz-Entwürfe, betreffend die Abänderung bzw. Ergänzung des Gesetzes über die Quarantänestellung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vom 25. Juni 1868, und des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875, über den Verkehr mit blei- und zinthalbigen Gegenständen, sowie über die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, letztere Gesetzentwürfe in der vom Reichstage beschlossenen Fassung, endlich die mit dem ersten Bericht der Vollzugs-Commission für den Zollanschluß Hamburgs vorgelegten Entwürfe zum Privatlageregulativ, dem Weinlageregulativ und dem Conto-Regulativ. Den zu ständigen Ausschüssen wurden übergeben die vom Reichstage mitgetheilten Petitionen über das Töbten der Schlächt- und Tiere und der Entwurf des amtlichen Baaren-Verzeichnisses zum Zoll-Tarif. Schließlich wurde über die geschäftliche Behandlung mehrerer Eingaben Beschluß gefaßt.

L. Berlin, 9. Juni. Die deutschfreisinnige Commission für Socialpolitik hält nach dem gestern einstimmig gefaßten Beschlusse die Einrichtung gewerblicher Schiedsgerichte und Einigungsämter in allen Gemeinden mit erheblichem Gewerbebetrieb für dringend erforderlich. Die Commission hat daher mit großer Befriedigung von der Vorlage des Berliner Magistrats Kenntniß genommen und empfiehlt aufs lebhafteste deren baldige Annahme seitens der Stadtverordneten-Versammlung. Indem sie insbesondere an der Wahl der Beisitzer durch das allgemeine Stimmrecht der Betheiligten als einzig gebotener Grundlage für das gewerbliche Schiedsgericht festhält, erklärt sie es jedoch für wünschenswerth, daß die Wahl, statt nach communalen Bezirken, vielmehr nach Bezirken bzw. Berufsgruppen erfolge, sowie daß das Schiedsgericht als Einigungsamt auf Anrufung auch nur einer der beteiligten Parteien einen Vermittlungsversuch zu machen habe.

L. Berlin, 9. Juni. Ueber die Beschlüsse der Branntweinsteuer-Commission des Reichstags ist ein Nachtragsbericht an das Plenum erstattet worden. Der wesentliche Inhalt der Verhandlung ist von uns bereits in größter Vollständigkeit mitgetheilt. Nur Einzelnes ist noch nachzutragen:

Der bairische Oberzollrath Geiger bezeichnete den 1. Juli 1888 als den Vatern gemeinsamen Einfuhrungstermin; die Einfuhrung zum 1. October d. J. sei in Baiern aus verschiedenen Gründen nicht möglich; er behält aber seiner Regierung eine eingehende Erwägung vor. Desgleichen Staatsrath v. Schmidt für Württemberg und Ministerialrath Scherer für Baden. Letzterer bezeichnete es als zweifelhaft, ob die Zustimmung der Landesvertretung zeitig genug eingeholt werden könne. Minister v. Scholz dagegen erklärte, daß die preussische Regierung Bedenken gegen die Einfuhrung des Gesetzes zum 1. October d. J. nicht zu erheben hätte. Bzüglich der Nachsteuer erklärte Minister v. Scholz, daß die verbündeten Regierungen zwar geglaubt hätten, die Nachsteuer auf den Durchschnittssatz zwischen 0,50 und 0,70 M., also auf 0,60 M. zu normiren zu sollen; er müsse jedoch anerkennen, daß die Bedenken, welche gegen diesen Satz vorgebracht werden, schwerwiegender Natur seien, und glaube er deshalb, die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu den gestellten Anträgen in Aussicht stellen zu dürfen. Auf eine Nachbesserung müßten die verbündeten Regierungen unbedingt Werth legen. Auf eine Anfrage aus der Commission erklärte der Regierungs-Commissar, Regierungs-Assessor Köhler, daß die Vorlage die Befreiung des zum Export bestimmten Branntweins von der Nachsteuer als selbstverständlich angesehen habe und daß es einer ausdrücklichen Bestimmung in diesem Sinne nicht bedürfe, da die Inhaber

von Branntwein, welche denselben exportieren wollten, diesen am 1. October unter Steuercontrole stellen und damit der Nachsteuer entgehen könnten.

Nach Beendigung der Beratung und nachdem das Ganze des Gesetzes nach den Beschlüssen der Commission gegen 5 Stimmen (Dr. Wittenberg, Dr. Wittenberg, Dr. Wittenberg, Dr. Wittenberg, Dr. Wittenberg) angenommen worden, wurde von einem Mitgliede der Commission die Anfrage an den Minister gerichtet, wie es bei solchen Befreiungsverträgen über Branntwein zu halten sei, welche nach der Publication dieses Gesetzes abgeschlossen, aber erst nach Inkrafttreten desselben erfüllbar seien; insbesondere ob der Verkäufer, wenn die Befreiung der betreffenden Waare in einer steuerfreien Niederlage oder einer unter steueramtlicher Controle stehenden Spiritusfabrik erfolgt, verpflichtet sei, dieselbe dem freien Verkehr zu übergeben. Minister v. Scholz erklärte, daß er es ablehnen müsse, eine Auskunft hierüber zu erteilen. Es handle sich lediglich darum, welche Abicht die Contractanten bei Abschluß des Vertrages gehabt hätten, und in dieser Beziehung sei es Sache des Richters, die Entscheidung zu treffen, falls Zweifel entstünden.

Auf die fernere Anfrage eines Mitgliedes, ob es nicht gerechtfertigt wäre, denjenigen Händlern, welche vor einem bestimmten Termin Branntwein im Auslande erworben, jedoch nicht eingeführt hätten, die Einführung desselben zu dem bis jetzt bestehenden Steuerfusse zu gestatten, erklärte Finanzminister v. Scholz, daß die gleiche Bestimmung, welche durch den Reichstag in die letzte Session eingebracht worden sei, zu erheblichen Bedenken Anlass gegeben und zu einer nicht unbeträchtlichen Schädigung der Reichsfinanzen geführt habe. Er könne demgemäß die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu einem dahingehenden Antrag nicht in Aussicht stellen.

* [Herzogin Thyra von Cumberland.] Wie man der Vorwärts-Zeitung aus Petersburg meldet, werden die Prinzessin und die Prinzessin von Wales, die beiden Schwestern der Herzogin Thyra, diese nach ihrer noch im Laufe dieses Monats erfolgenden Heirat nach Hildesheim zu befehlen. Die Damen werden das strengste Incognito bewahren, da sie nur kommen, um ihrer kranken Schwester in der Stunde ihrer Entbindung zur Seite zu stehen. Die russische Kaiserin hat überdies dem Herzog von Cumberland den Antrag gemacht, bei dem zu erwartenden Kinde Patenschaft zu betreiben. Sollte es ein Sohn sein, so will der Zar selbst diese Function für sich in Anspruch nehmen.

Breslau, 8. Juni. Der in Bad Landeck verlebende Rentier Albert Hilshofer legte in seinem Testament ein Legat von 15 000 Mark für die früher in Breslau anlässlich der Zeit des Kulturkampfes aber nach Karlsruhe in Süd-Frankreich überföhrten Urkulturanstalten aus. Dieser Tage traf die Mitteilung ein, daß der Kaiser die landesherrliche Genehmigung für dieses Legat verweigert habe, welches nunmehr den legitimen Erben verbleibt.

* In Göttingen hatten die Vorstände des deutsch-freimännlichen und liberalen Wahlvereins die glauwürdig zu ihrer Kenntnis gebrachten Verletzungen der Wahlfreiheit zusammengestellt und sie der Staatsanwaltschaft mit dem Antrage auf Verfolgung übergeben. In Betreff zweier Fälle hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt. In dem einen hatte der Gemeindevorsteher Hartmann in Alfeldenberg einem Colporteur von Wahlzetteln mit Wälders' Namen die Vertheilung verboten und die noch vorhandenen Zettel zerstört. Da der Colporteur selbst keinen Antrag wegen Sachbeschädigung gestellt hat, und nach Ansicht des Staatsanwalts der Gemeindevorsteher nicht in amtlicher Eigenschaft die betreffenden Handlungen vorgenommen hat, hat die Staatsanwaltschaft kein strafrechtlich zu ahndendes Verschulden des G. erkennen können. Auch in einem zweiten Falle hat die Staatsanwaltschaft keine strafbare Handlung erkannt. Nach der eigenen Darstellung des Staatsanwalts hat Pastor Braun in Goldentrana, der als Wahlvorsteher fungirte, nachdem er seinem Stellvertreter den Vorfall übertrugen hatte, verschiedene Personen aufgefordert, sich zur Wahl zu begeben und die ihm vorgelegten, auf Wälders' Namen lautenden Zettel bei ihm schwanfend scheinenden Wählern zerreißen, auch geäußert, wer einen Zettel für Wälders abgebe, sei ein Aufwiegler. Eine Anwendbarkeit der §§ 107—109 A. St. G. B. hält der Staatsanwalt für ausgeschlossen, weil die Wähler keinen Widerspruch gegen das Verfahren des Pastors erhoben haben.

Aus Posen, 9. Juni. Der polnische Patriot Stanislaus v. Kosiński ist hochbetagt am 6. d. M. in Posen gestorben. Der Verstorbene, der Sohn des polnischen Generals Kosiński, eines Gefährten des Generals Dombrowski, wurde im Jahre 1814 geboren, besuchte die Gymnasien in Danzig und Gumbinnen und studirte in Berlin; er betheiligte sich im Jahre 1848 an den damaligen Kämpfen und wurde wegen Hochverrats zum Tode und zur Confiscation des Vermögens verurtheilt. Nach der Amnestie wurde er im Jahre 1848 Adjutant Mikolajewski's und wurde damals verurtheilt. Im Jahre 1864 gehörte er zum polnischen Nationalcomité in Posen, wurde deswegen verhaftet und zu Festungshaft verurtheilt, jedoch im Jahre 1866 amnestirt. Früher sehr vermögend, hatte v. K. allmählich sein Vermögen eingebüßt und widmete sich nunmehr der Journalistik. Er war eine Zeit Redacteur des „Gazetnik Bojn" und Mitbegründer des polnischen Volksbibliotheken-Vereins und betheiligte sich überhaupt an allen öffentlichen politischen Angelegenheiten.

Königsberg, 8. Juni. Der „angesehenste" Mann (im Wortsinne) ist augenblicklich hier unter den zahlreichen Kurgästen der Fürst Alexander, Prinz von Vattenberg, der sich seit zwei Tagen hier befindet. Er wird aber nicht allein „angesehen", sondern es folgen ihm sogar ganze Scharen Neugieriger zeitweise auf Schritt und Tritt, so daß ihm seine bulgarische Vergangenheit sogar hier noch einige Unbequemlichkeiten verursacht. Der Prinz ist eine kräftige, stattliche Erscheinung mit starkem Schnurrbart, kurzgeschorenem Nackenbart und erstem Aussehen. Gestern war eine seiner ersten Begegnungen die Königin Marie von Hannover, welche sich, wie alljährlich, mit der Prinzessin Marie hier zur Kur befindet. Die Königin redete dem Fürsten an und verweilte längere Zeit in lebhaftem Gespräch mit ihm. Die Königin kennt den Fürsten schon von seiner Jugend her, da er in Hannover erzogen wurde. Der feste Begleiter des Fürsten ist ein Baron Kiedel.

England. London, 8. Juni. Die britische Kriegsmarine ist heute um zwei neue gepanzerte Kreuzer, „Immortalité" und „Australia" bereichert worden. Die aus Stahl gebauten und mit Doppelschrauben versehenen Schiffe haben ein Displacement von je 5000 Tons und werden eine Fahrgeschwindigkeit von 18—19 Knoten in der Stunde erreichen. Sie sind je mit 12 Hinterladungskanonen und einer Anzahl Nordenföhrscher Geschütze und Torpedos ausgerüstet.

ae. London, 8. Juni. Der Sioux-Gaibling Rothbend, Mitglied der Gruppe Buffalo Bills, welche gegenwärtig in der amerikanischen Ausstellung in London Szenen aus dem wilden Westen vorführt, besuchte gestern in seinem Kriegskostüm das Parlament und erregte viel Interesse bei den Abgeordneten. Als Baron Deuys ihm die Ehre antrug, was er vom britischen Parlament halte, antwortete der ehrliche Wilde: „Nicht viel, bei uns gibt es mit der Gesetzgebung schneller, als in England."

Belgien. [Ein internationaler Weltkongress für Industrie, Wissenschaft und Kunst] soll im Jahre 1888 in Brüssel unter dem Protektorat des Königs der Belgier stattfinden. Das Ehrenpräsidium ist dem Grafen Philipp von Flandern übertragen worden. Die belgische Regierung hat 30 000 Quadratmeter

Raum für die nationale Abtheilung reservirt lassen. Gleichzeitig mit dem Weltkongress wird eine Weltausstellung stattfinden. Für die Eröffnung ist der 3. Mai 1888 festgesetzt. Die Ausstellung findet auf dem Terrain der nationalen Ausstellung von 1880 statt.

am 12. Juni. Danzig, 10. Juni. Wetter-Aussichten für Sonnabend, 11. Juni, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Nießlich wollich und trübe; ziemlich warm bei schwacher bis mäßiger Luftbewegung, zeitweise mit geringen Niederschlägen.

H. E. [Petition des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft.] Die in unserer gestrigen Abendnummer erwähnte Petition des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft an den Reichstag vom 7. d. M. wegen der Nachsteuerung des Branntweins hat folgenden Wortlaut:

Nach § 43 des dem hohen Reichstage unterm 5. Mai d. J. vorgelegten Gesetzentwurfes, betreffend die Besteuerung des Branntweins, soll aller am 1. April 1888, des Einführungstermin der Verbrauchsabgabe (§ 1 des Gesetzentwurfes), innerhalb des Gebietes der Branntwein-Kaufmannschaft in Mengen von mehr als 5 Liter im freien Verkebr befindliche Branntweine — soweit dieselbe nicht zu gewerblichen Zwecken Verwendung findet oder nachweislich zu dem bereits am 1. October d. J. eintretenden erhöhten Eingangssollfusse von 150 A pro 100 Kilogr. eingeführt worden ist — nach näherer Bestimmung des Bundesrats einer Nachsteuer von 60 A für das Liter reinen Alkohols unterliegen.

In dieser Bestimmung ist in der Begründung des Gesetzentwurfes lediglich bemerkt, daß als Nachsteuer die Erhebung eines die Mitte zwischen beiden Sätzen der Verbrauchsabgabe bildenden Betrages angemessen erscheine.

Auch in der ersten Beratung des Gesetzentwurfes im Reichstage ist die Frage der Nachsteuer nur von einigen der Herren Redner flüchtig gestreift worden. Während der Herr Reichstagsabgeordnete Döbelhauer eine Nachsteuerung principiell als „vollständig gerechtfertigt, in unumgänglicher" bezeichnet, die angemessene Höhe desselben allerdings noch offen gelassen hat (Stenogr. Bericht S. 566), ist andererseits von dem Herrn Abg. v. Wedell-Waladow die Meinung ausgesprochen worden, daß die Frage der Nachsteuer der ernstesten Ermägung bedürfe, und daß eventuell statt der Nachsteuer andere Formen zu suchen seien, um das Ankommen von Branntwein zu verhindern (Sten. Bericht S. 524).

Unterest sind in verschiedenen, an den hohen Reichstag gerichteten Petitionen die in der That sehr gewichtigen Bedenken, welche einer Nachsteuerung aller bei Eintritt der Verbrauchsabgabe innerhalb der Grenzen des Reiches im freien Verkebr befindlichen Vorräthe von Spiritus, Spirit und zu Trinkzwecken zubereiteten Branntweinen, die das geringe Quantum von 5 Liter übersteigen, nach mehr als einer Richtung sich entgegenstellen, vorgebracht worden. Wir dürfen in dieser Hinsicht u. a. Bezug nehmen auf die uns bekannte Eingabe der Handelskammern zu Köln und Posen vom 28. Mai d. J.

Auch wir theilen die Befürchtung, daß die fragliche Nachsteuer zunächst auf den Spiritusmarkt einen unumkehrlichen Preisdruck ausüben, und daß ferner ihre Erhebung in der Praxis, sowohl was die Sicherung des Steuerertrages für die Staatskasse als andererseits auch die notwendige Schonung der gewerblichen Verhältnisse angeht, ganz außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen würde, wie dies in den vorstehend citirten Petitionen der Handelskammern zu Köln und Posen ausführlich dargelegt worden ist.

Dagegen ist aber auch nicht wohl zu übersehen, daß, wenn von der Nachsteuer abgesehen wird, wiederum speciell dem Spiritus- und Spirit-Export Schwierigkeiten und Nachtheile bereitet werden, deren Erheblichkeit für die deutsche Volkswirtschaft nicht unterschätzt werden darf.

In der Petition der Kölner Handelskammer wird anerkannt, daß bei Verzicht auf eine Nachsteuer bis zum Eintritt der Verbrauchsabgabe „selbstverständlich ein Export von Spirit nicht stattfinden dürfte", — und ebenso wird auch in der Posen Petition zugegeben, „daß eine solche Unzulässigkeit in der Erhebung treten werden". — „Indes" lesen sie im Vergleich zu den Uebelständen, welche die Nachsteuer begleiten, geringfügig.

Diese letztere Annahme darf füglich bezweifelt werden — namentlich hinsichtlich derjenigen inländischen Spiritusfabriken, welche ihr Abgabegeld bisher überwiegend, oder gar ausschließlich, im Auslande haben. Denn dieselben in der Uebergangsperiode entweder ihren Betrieb einstellen oder eintheilen ihren Absatz auf dem inländischen Markte suchen müssen; und in jedem dieser beiden Fälle würde die Nachsteuer auf die deutsche Spiritusindustrie und den Spiritushandel vortheilhaft einwirken, zumal wenn an dem in der Vorlage bestimmten Einführungstermin für die Verbrauchsabgabe festgehalten wird, also die neue Campagne 1887/88 noch in die Uebergangsperiode fällt. Denn der deutsche Jahresexport von rohem und rectificirtem Spiritus beträgt rund eine Million Hectoliter, fast ein Viertel der ganzen Jahresproduction. Daß aber dieser erhebliche Theil des in Deutschland hergestellten Branntweins unter allen Umständen exportirt werden muß, wenn ein gelinder Zustand des Handels und Verkehrs in diesem Artikel und eine normale Preisbildung überhaupt stattfinden soll, wird schwerlich bestritten werden können.

Die Suspension des Exports bis zum 1. April 1888 würde daher ohne Zweifel den inländischen Spiritusmarkt recht empfindlich in Mitleidenchaft ziehen, und zugleich die für den Export arbeitende Zollvereinsländische Spiritusindustrie mit dem Verluste ihrer Kundschaft auf den ausländischen Märkten bedrohen. Denn schon heute unterliegt der Zollvereinsländische Spiritusexport nach Spanien u. s. w. bekannter Maßen einer sehr starken Concurrenz durch die neuerdings sehr entwickelte Spiritusindustrie Schwedens und anderer Länder. Daß diese Concurrenz die Unterbrechung des deutschen Exportes in ausgiebigster Weise und mit bestem Erfolge ausnützen würde, läßt sich mit Sicherheit voraussehen.

Hiernach ergibt sich, daß der dem hohen Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf wegen der künftigen Besteuerung des Branntweins — ob nun die in § 43 vorgesehene Nachsteuer beschlossen wird oder nicht — in jedem Falle eine für die deutsche Spiritusindustrie und den gesamten Spiritusverkehr nach den verschiedenen Richtungen hin sehr ungünstige Uebergangszeit bedingt. Die Nachtheile, welche in dieser Uebergangsperiode zu gewärtigen sind, werden aber in ihren Wirkungen keineswegs für das vorübergehend, vielmehr voraussichtlich von einem länger dauernden, vielleicht niemals wieder zu beseitigenden Einflusse sein.

Ob Alles in Allem die Uebelstände größer sein werden, wenn die nach § 43 der Vorlage projectirte Nachsteuer beschlossen, oder wenn auf dieselbe verzichtet wird, mögen wir nicht entscheiden, ist unersetzlich. Dagegen ist aber auch schwer zu beurtheilen. Daß aber in der einen oder anderen Weise eine Abänderung der Vorlage wird eintreten müssen, um den nach beiden Seiten drohenden, sehr erheblichen Gefahren nach Möglichkeit zu begegnen, erscheint uns unbedingt geboten.

Von denjenigen Handelsvorständen und Interessentenkreisen, welche bisher für die Befreiung der Nachsteuer bei dem hohen Reichstage vorstellig geworden sind, ist in Anregung gebracht worden, den Termin für die Einführung der Verbrauchssteuer, statt auf den 1. April, auf den Anfang der Brennperiode, und zwar — um die Uebergangszeit möglichst abzukürzen — wenn irgend ausführbar, auf den 1. September oder 1. October schon dieses Jahres, zu legen.

Obne Frage würden in letzteren Falle diejenigen Nachtheile, welche bei Verzicht auf eine Nachsteuer speciell hinsichtlich des Exportgeschäftes und aller mit diesem zusammenhängenden Interessen zu gewärtigen sind, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch sehr wesentlich geringer werden. Schon in der ersten Lesung des Gesetzentwurfes ist indeß seitens des Herrn Abg. v. Wedell-Waladow bemerkt worden, daß es kaum ausführbar sein werde, den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes auf den

Herbst d. J. zu verlegen, „weil zur Durchführung des Gesetzes bedeutende Anlagen in den Brennereien notwendig seien". Es werde daher eventuell eine Verlegung des Termins auf den 1. Juli bis 1. September nächsten Jahres ins Auge zu fassen sein, um welche Zeit möglicherweise die Vorräthe nicht mehr so groß sein würden.

Auch die Posen Handelskammer geht in ihrer Petition vom 28. Mai c. davon aus, daß um die Zeit des 1. September oder October eines beliebigen Jahres die Vorräthe verhältnißmäßig nur unbedeutend sein würden.

Wir halten diese Annahme doch für recht unsicher. Wie im Sommer und Herbst 1888 die Vorräthe auf dem inländischen Spiritusmarkt thatsächlich aussehn würden, wenn bis dahin die für den Export arbeitenden Spiritusfabriken ihren Betrieb einstellen, also auch der Nachfrage für den inländischen Rohspiritus ausbleiben, oder ihre Production auf rectificirtem Spiritus ebenfalls dem inländischen Verkebre anbieten müßten, und welchen Gang unterest die Speculation nehmen würde, läßt sich im Voraus schwer beurtheilen, giebt aber immerhin zu sehr ernsten Befürchtungen Veranlassung.

Unersetzlich darüberhinaus sind die hier zur Erörterung stehenden Schwierigkeiten im Wesentlichen dadurch bedingt, daß eine so beträchtliche Steuererhöhung, wie der vorgelegte Gesetzentwurf sie in Aussicht nimmt, die Einführung einer Verbrauchssteuer von 50 bezw. 70 A pro Hectoliter mit einem Sprunge erfolgen soll, — „tatsächlich vorzugehen, einen allmählichen Uebergang zu der hohen Abgabe, eine Hombung der Bevölkerung, der Interessenten auf diese Sache zu ermöglichen und raubtes Eingreifen in die augenblicklich bestehenden Verhältnisse zu vermeiden", — wie es bei der ersten Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes am 24. Mai 1886 (Sten. Bericht S. 2122) auch seitens des Herrn Staats- und Finanzministers Dr. v. Scholz als empfehlenswerth bezeichnet worden ist.

Eine allmähliche etappenweise Einführung der projectirten Branntwein-Verbrauchsabgabe würde, wenn die Abkürzungen derart bemessen, und zugleich die Termine für die Einführung der höheren Stufen derart gelegt werden, daß in der Uebergangsperiode bis zur Einführung der Steuer in ihrem vollen Betrage ein Ankommen von Vorräthen lediglich auf Speculationen sich nicht rentirt, unersetzlich diejenigen schmerzlichen Gefahren und großen Unzulänglichkeiten vermeiden lassen, welche bei der jetzigen Fassung der Vorlage, sowohl mit wie ohne Nachsteuer, für die deutsche Spiritus-Industrie, den gesamten Spiritusverkehr auf dem inländischen Markte und den deutschen Spiritus-Export nach dem Auslande zu gewärtigen sind.

Allerdings würde in diesem Falle die Uebergangszeit eine längere Reihe von Jahren in Anspruch nehmen; die hohen Erträge, welche aus der neuen Branntwein-verbrauchssteuer für die Reichsfinanzen gezogen werden sollen, würden erst allmählich gewonnen werden. Dafür würde aber auf diese Finanzintraden in den späteren Jahren um so sicherer gerechnet, und eine Entlastung der belästigten gewerblichen Verhältnisse vermieden werden können, deren schlimme Folgen sowohl in finanzieller wie volkswirtschaftlicher Hinsicht sich kaum vorhersehen lassen.

Den hohen Reichstag bitten wir daher ganz ergebenst, den vorliegenden Branntweinsteuergesetzentwurf dahin abändern zu wollen, daß die Einführung einer Verbrauchssteuer unter allmählicher Erhöhung des Steuerfusses erfolgt.

* [Marienburger Schloßbau-Batterie.] Bei der heute von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags fortgesetzten Ziehung wurden folgende größere Gewinne gezogen:

1 Gewinn von 30 000 Mk. auf Nr. 187 571 (dieser Gewinn ist in die Hamburger Collecte von Carl Heintze gefallen).

3 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 51 001 119 563 263 442.

8 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 12 422 33 289 102 929 103 622 148 581 148 710 291 304 307 490.

21 Gewinne von 600 Mk. auf Nr. 127 025 27 319 36 524 49 696 80 248 93 978 127 319 144 343 145 570 174 605 180 779 184 451 193 317 199 221 231 487 241 718 261 480 264 749 276 875 304 799 342 184.

49 Gewinne von 300 Mk. auf Nr. 3155 4 607 13 174 25 197 28 398 34 213 45 722 49 023 49 285 52 921 54 087 61 156 64 212 76 936 79 409 88 513 94 696 95 946 101 541 107 865 111 387 111 850 124 169 127 056 131 210 151 279 151 465 151 797 157 863 176 736 179 810 181 994 206 797 208 649 210 337 243 854 251 081 262 494 273 558 285 970 288 207 289 254 299 028 305 274 324 699 325 402 327 325 329 833 340 611.

75 Gewinne von 150 Mk. auf Nr. 1951 2098 25 492 28 764 33 121 42 151 50 300 51 704 54 121 56 021 56 978 58 007 64 030 64 867 70 154 84 183 88 239 96 513 98 438 115 411 115 692 130 472 140 786 144 829 145 797 150 320 151 768 159 852 160 883 166 968 167 681 169 033 172 138 178 562 179 758 179 942 183 020 188 351 198 453 200 168 215 716 221 779 227 243 230 576 233 001 235 323 237 497 238 145 241 236 242 771 246 000 248 909 255 538 257 774 258 556 259 116 259 295 260 496 263 805 273 050 278 752 280 083 283 435 286 392 292 052 297 237 311 525 313 562 314 781 318 500 333 753 334 771 334 811 340 414 348 338.

* [Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag.] Auf den 13. und 14. Juni ist nach Erlang der Verbandstag landwirtschaftlicher Genossenschaften in Ost- und Westpreußen einberufen worden. Auf demselben sollen nach Erledigung der allgemeinen Angelegenheiten (Wahlen, Rechnungswesen, Bericht-Erstattungen, namentlich über die Besteuerung der Genossenschaften) zunächst ausführlicher die Angelegenheiten der Molkerei-Genossenschaften behandelt werden. Hierbei steht im Vordergrund die Frage: „Soll der Verband die Abhaltung einer Molkerei-Ausstellung für Ost- und Westpreußen im Jahre 1888 anregen." Das Referat über diese Frage hat der stellvertretende Verbandsvorsteher Herr Plehn-Vichtenhal übernommen. Ferner wird u. A. über die Tafelbutter-Productiv-Genossenschaft zu Königsberg und ihre Bedeutung für die Molkereigenossenschaften und über Errichtung von besonderen Verbänden für Molkereigenossenschaften verhandelt werden.

* [Fadensendungen nach Portugal.] Die Beschränkungen, welchen der Packtransport nach Portugal auf dem Wege über Frankreich-Spanien in Folge von Quarantänemaßregeln bisher unterlegen hat, sind nunmehr gänzlich aufgehoben. Es können daher von jetzt ab außer den Vereins-Paketen bis 3 Kilogr. auch sonstige Pakete mit und ohne Werthangabe nach Portugal über Frankreich versandt werden.

* [Amtsgerichts-Ausführung.] Nach § 41 des Gerichts-Verfahrens-Gesetzes tritt alljährlich bei den Amtsgerichten ein Auschuss zusammen, welcher aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden, einem von der Staatsverwaltung abzuordnenden Verwaltungsbeamten und sieben Vertrauensmännern besteht, welche von der Gemeinde-Vereinigung zu wählen sind. Im Wesentlichen liegt diesem Auschuss die Entscheidung ob über Einsprachen gegen die Schöffens-Listen, ferner die Wahl der Schöffen und Hilfschöffen für das nächste Geschäftsjahr und die Vorschläge wegen der für denselben Zeitraum zu wählenden Geschworenen. Da das Amtsgericht Danzig sich auf den Stadt- und den Landkreise erstreckt, sind für diesen Auschuss im Stadtkreise Danzig vier, im Landkreise drei Vertrauensmänner zu wählen. Die Wahl der vier städtischen Vertrauensmänner von 1888 soll in einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen vollzogen werden.

* [Die Aschanti-Karawane.] gab gestern, am ersten Tage ihres Aufzuges, zwei Vorstellungen auf der hierzu extra erbauten Bühne im Schützenhauspark, und zwar eine Nachmittags 4 Uhr und die andere Vorstellung

Abends 7 Uhr. Zunächst wurde das Baskett im durch die Sprünge und Läufe einiger sehr auf dressirten Hunde angesetzt, wobei dieselben sich den Basketten in Reihen und Damentänzen präsentirten. Dana führte eine Dame drei recht hübsche Gepanzen vor, die nach den Befehlen ihrer Gebieter in sich folgten wie todte niedergelegten, sich aufrichteten, ihre Bewegungen machten, auf einer trommelartigen Erhöhung tanzten, eine Reihe sonstiger Kunststücke verrichteten, ja sogar dem Sport der Radfahrer huldigten, sich auf ein Velocepede stellten, dieses mit ihren Vorderfüßen in Bewegung setzten und mit dem Rastel lenkten. Die Aschanti zeigten zunächst ihre religiösen Gebrauche unter Leitung eines Vortragsführers, fährten Kriess- und Festtänze auf, wobei dieselben, wenn die Trommel erkaltete, ein lebhaftes, bis zur Erstaunen machendes Geknurren anstimmten. Ein Karawanenzug durch den Garten, wobei die Aschanti ihre Kamele bestiegen, beendigte die Vorstellung. Schließlich hatte der Führer der Truppe, Hr. Food, die Freundlichkeit, uns die häusliche Einrichtung der Aschanti in den Logen des Schützenhauses zu zeigen. Er bemerkte hierbei, daß es nicht immer leicht sei, diese Gesellschaft in Ordnung zu halten, es dazu vielmehr mitunter einer eisernen Strenge bedürfe.

* [Seebad Wetterplatte.] Zu den mannigfachen Verbesserungen und Veränderungen, welche die Anlagen auf der Wetterplatte auch in diesem Jahre erhalten haben, gehört wie schon früher mitgetheilt wurde, auch ein neues großes Concert-Orchester im Kurhauspark, wodurch zugleich der Raum für Sitzplätze des Publikums vergrößert werden konnte. Die neue Musikhalle ist im Bau fertig und nur an ihrer decorativen Ausstattung, auf welche bedeutende Kosten verwandt worden, ist die Meisterhand des Herrn Decorationsmalers Wimmer noch beschäftigt. Gestern Abend fand nach mehrfachen, an der Wetterplatte geschiederten früheren Versuchen das erste durch freundliche, milde Witterung und zahlreichen Besuch begünstigte Concert auf der neuen Orchesterbühne statt. Dasselbe, von der Kapelle des Herrn Musikmeister Reichowmeit ausgeführt, zeigte, daß in akustischer Beziehung der Bau durchaus gelungen ist. Das Concertprogramm war gestern recht sorgfältig ausgewählt und brachte viele neue Nummern, darunter das ansprechende, exact durchgeführte Congemälde von K. S. S. „Die Kaiser Wilhelms-Jagd".

* [Wetterplatten.] Auf dem großen Exercierplatze wird jetzt an den Terrainvorbereitungen und dem Bau der Tribünen für das dort Sonntag Nachmittag stattfindende große Wettkampfsfest gearbeitet. Wird das Unternehmen vom Wetter begünstigt, dann dürfte es diesmal ein interessantes Schauspiel darbieten. Das Programm enthält 5 einzelne Rennen. Zu dem Flachrennen (Preis 200 Mk.), sind 6, zu dem ersten Steeple-chase (Preis 100 Mk. und Ehrenpreis von Danziger Sportfreunden) 4, zu dem Hürdenrennen (zwei Vereins-Ehrenpreise) 7, zu der „Westpreussischen Steeple-chase", dem Hauptact des Rennens, 5, zu dem Danziger Hürdenrennen (Preis 200 Mk.) und Ehrenpreis von Danziger Damen) 7 Renner angemeldet. Für die „Westpreussische Steeple-chase" sind Vereinspreise von 500 und 100 Mk. ausgesetzt.

* [Der Kaufmännische Verein von 1870] veranstaltete am Mittwoch Abend zu Ehren der Herren R. Arendt, C. Dein, H. Fähr, Th. Krammer, H. Moritz und U. Wiede, welche, mit Ausnahme des Erstgenannten, kürzlich ihre 25jährigen Geschäftsjubiläen begingen, während Dr. Arendt dasselbe demnach begehrt, und welche fast sämtlich seit Gründung des Vereins dessen Mitglieder sind, eine Festsitzung, an der ca. 140 Mitglieder Theil nahmen. Dieselbe wurde eingeleitet durch eine Ansprache des Vorsitzenden Hrn. Saal, welcher den Gefeierten herzlichste Glückwünsche darbrachte, wonach die Vortragsrede ein feierlich lautes, Namens der Gefeierten dankte Hr. Moritz. Solofänge, Instrumental-Concert, Chöre der Vortragsredner z. hielten darauf die Versammlung in den hübsch decorirten und reich illumirten Lokalitäten des Hrn. Sprigels noch längere Zeit frohlich vereint.

* [Wetterplatten-Fischer-Verein.] Die zum nächsten Sonntag vorbereitete Rheinfahrt, bei welcher an Bord des Dampfers eine Vorlandsfahrt abgehalten werden sollte, muß wegen eingetretener Hindernisse unterbleiben.

* [Betreffs der Klassensteuer-Reclamationen] theilt die „Ab. Wst. Ztg." eine bemerkenswerthe Aufforderung mit, welche im Landkreise Bochum seitens des Verwalters des Landratsamtes an die Kreisangehörigen gerichtet wurde. Derselbe weist darauf hin, daß ihm täglich eine Anzahl von Eingaben zugeandt werden, die unangenehm aus der Feder von sogenannten Reichsconsumenten stammen, auch von letzteren padetweise im Landratsamt abgeliefert werden. In Ermägung, daß es den gewerbmäßigen Verfassern, welche nicht selten ihre Dienste im Umkreise von Ort zu Ort anbieten, meist nur auf möglichst großen Gewinn ankomme, der letztere ferner in einzelnen Fällen über denjenigen Betrag hinausgehe, um welchen die meist unbemittelten Steuerzahler ermäßigt zu werden wünschen, werden die Kreisangehörigen darauf hingewiesen, daß Steuerreclamationen, sowie sonstige Beschwerden auf dem Landratsamt, sowie auf den Magistrats- resp. Amtsbureau während der Dienststunden kostenlos zu Protokoll genommen werden müssen.

* [Unfallfall.] Der in dem dritten Stock des Hauses Nr. 11 am 10. d. M. wohnende Schuhmacher Carl Boraschowski sprang gestern im Delirium dort zum Fenster hinaus und blieb auf dem Dache eines Schuppens liegen, nicht im Stande, sich zu erheben. Er wurde per Tragekorb nach dem Stadtkrankenhaus geschafft, woselbst ein Bruch des rechten Oberarmes und ein complicirter Bruch des rechten Unterarmes constatirt wurden. Nachmittags 3 Uhr verstarb der Verunglückte; er hat also wahrscheinlich auch schwere innere Verletzungen erlitten.

* [Fluchtverhuf.] Gestern Nachmittag sollte der in Unterungsdorf befindliche, bereits oft bestrafte frühere Commis Otto Reiss alias Böding, welcher zuletzt in der Nacht vom 2. zum 3. d. den Einbruch bei Hrn. Uhrmacher Kahlbein in Pankow ausgeführt hatte, aus dem Centralgefängnis dem Untersuchungsrichter zur Vernehmung vorgeführt werden. Hierbei gelang es dem Reiss, unter Zurücklassung seiner Holzpantoffeln, zu entfliehen; er wurde aber auf das Zurückfinden des ihn verfolgenden Gerichtsbeamten am Neugartenthor von zwei Soldaten aufgehalten und in das Central-Gefängnis zurückgeführt, wo R. nunmehr in Ketten gelegt wurde.

* [Vollstreckung vom 10. Juni.] Verhaftet: 1 Schmied, 1 Arbeiter wegen Widerstandes, 1 Kaufmann wegen betrügerischen Bankrotts, 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Straßenraubes, 1 Arbeiter wegen Unterschlagung, 1 Seefahrer wegen großen Unfalls, 1 Schloffer wegen Verleumdung, 1 Bettler, 4 Obdachlose, 1 Dirne, — Gestohlen: Eine grüne Tuchjacke, 1 olivengrüner Pinter, 1 schwarzer Cachemire, 1 Rattunrod, 1 growwollener Rod, 1 schwarzer Regenschirm, 4 Hemden, gez. D. D. 1 weiße Nachjacke, 1 blaue Schürze, 1 Bettlaken, gez. D. D., 1 Handtuch, 2 Paar wollene Strümpfe, 1 braune Mütze. — Verloren: 1 Portemonnaie, enthaltend 17 A und ein Ross der Marienburger Schloßbau-Batterie.

* [Marienburger, 10. Juni.] Auf der Vereisung des Marienburger Delanats begriffen, traf vorgestern Abend der Wagen, von Gnojau kommend, der Bischof von Ermland, Dr. Andreas Thiel, hier ein. Gestern Vormittag fand feierlicher Gottesdienst und große Procession über den Markt, heute die Firmung statt.

Erlang, 9. Juni. In einigen Tagen wird, wie die „A. tr. Z." erfährt, ein für Oesterreich gebannter Torpedosäger die Schiffsaniche Werft verlassen. Die Bauart dieses Schiffes weicht wesentlich von der anderer Torpedoboote ab. Zuvörderst ist die Größe eine viel bedeutendere, ferner hat das Fahrzeug in der Mitte des Buges nur ein Lancirobor und unter diesem einen einzigen Vorprügler, sich schief nach vorne aufsteigenden Auslass zum Rammen resp. Durchschneiden des feindlichen Schiffes.

K. Rosenburg, 9. Juni. Aus neuerer Zeit lagen auf zwei Grenzpunkten der Fußmarken unserer Stadt zwei kolossale Steinbilder, im Volksmunde der Mönchstein und der Nonnenstein genannt. Letzterer ist vor einigen Jahren von dem Provinzialmuseum in Danzig aufgestellt worden. Der Mönchstein lag am Ende des Sees auf einer Stelle, wo jetzt der Bahndamm sich hinzieht. Um das Steinbild vor dem Verschleiden zu retten, ließ Hr. Gutschke Korn dasselbe ausgraben und auf eine nahe gelegene Wiese schaffen; hier

Stadt-Theater.
Sonabend, den 11. Juni. Häufiges
Ensemble-Gastspiel der Männechen
Aimenranfa und Gelweitz. Ober-
bairisches Charaktergemälde nach der
gleichnamigen Modelle von Dr. Herm.
v. Schmid, mit Gesang und Tanz, in
5 Aufzügen für die Bühne bearbeitet
von Hans Neuner. Musik von Müller.

Hodam & Ressler, Danzig.
Maschinenlager,
Feldmaschinen, Aeromobilen Drech-
maschinen, sowie jede Maschine für
Landwirthschaft und Industrie.
Kataloge, Kostenanschläge gratis.

Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann
in Danzig.